

Rede: Schulstreik Ostermarsch

Hallo zusammen, ich bin Bengt und ich wurde vom Friedensbündnis eingeladen, hier für den Schulstreik gegen die Wehrpflicht zu sprechen. Ich bin aktiv bei der Linksjugend Solid und als Schüler Teil des Krefelder Schulstreikkomitees.

Ich bin jetzt 18 Jahre alt. Hätte man mich mit 14 oder sogar noch 15 gefragt, ob ich mir vorstellen kann, jemals in meinem Leben direkt in einem Krieg zu sein, hätte ich mit Sicherheit „Nein“ geantwortet.

In den letzten Jahren hat sich allerdings viel geändert. Der Kapitalismus steckt tief in der eigenen Krise. Deswegen führen imperialistische Staaten Kriege. Es formieren sich Blöcke. Aufkommen müssen hier die Menschen. Im Krieg sterben nicht die Kapitalisten oder Staatsherren, es sterben die Menschen, welche vom Staat in diese Lage gebracht und gezwungen werden. Neue Kriege und Eskalationen stehen immer mehr auf der Tagesordnung. Dabei wird es immer absurder. Ein Blick auf die USA reicht aus, um sich zu fragen, wie crazy diese Welt ist.

Und auch der deutsche Staat möchte sich in Zukunft mit allen Mitteln in der Welt halten. Für uns bedeutet dies: Wir werden gezwungen, ihm zu dienen. Wir sollen als Soldaten jederzeit bereit sein, einen Menschen zu töten, der in der gleichen Situation ist wie ich, und wir sollen bereit sein, selbst getötet zu werden. In diesem Moment geht es nicht um meine persönliche Freiheit oder die meiner Angehörigen. Nein, es geht darum, dass wir ein System erhalten müssen, das uns ausbeutet.

Deutschland wird auf einen Krieg vorbereitet, ob dieser jetzt eintrifft oder nicht. Die letzte Regierung hat im Zuge der sogenannten Zeitenwende damit begonnen, 100 Mrd. € gab sie für die Bundeswehr. Schwer vorstellbar, wenn man sich den Zustand von Schulen oder z. B. der Bahn anschaut, denn bei solchen notwendigen Dingen wie Bildung oder ziviler Infrastruktur wird immer auf die Schuldenbremse gezeitigt und gesagt, es gibt kein Geld.

Die Groko hat nach den letzten Bundestagswahlen mit einem bereits abgewählten Bundestag ein weiteres Sondervermögen von 500 Mrd. € für die Bundeswehr beschlossen sowie die Ausnahme von Militärausgaben aus der Schuldenbremse.

Unter der Ampelregierung hieß es von Verteidigungsminister Pistorius noch, dass eine Wehrpflicht nicht zur Debatte steht. Von der Aussage ist nicht mehr viel übrig.

Im Zuge der laufenden Militarisierung führt die Bundesregierung die Wehrpflicht in geänderter Form wieder ein. Alle, die das 17. Lebensjahr vollenden, bekommen einen Fragebogen der Bundeswehr zugeschickt. Für Jungen ist die Ausfüllung dieses Fragebogens Pflicht, für Mädchen noch freiwillig. Dieser verpflichtende Fragebogen stellt einen ersten Versuch dar, die Bundeswehr personell stärker auszustatten. Ein Ziel dieses Fragebogens ist es, natürlich direkt mehr junge Leute in die Bundeswehr zu bekommen. Hauptsächlich geht es aber bei dem Fragebogen laut Verteidigungsministerium darum, ein umfassendes Lage- und Datenbild über die Bereitschaft der jungen Generation zu erhalten und die Wehrerfassung und -überwachung wieder aufzubauen. Eine weitere Zuspitzung dieser Überwachung ist, dass Männer im Alter zwischen 18 und 45 laut dem neuen Wehrdienstgesetz eine Genehmigung brauchen, um länger als 3 Monate ins Ausland

zu gehen. Dabei gilt eine Meldepflicht.

Die Bundeswehr ist also dabei, die Wehrüberwachung wieder einzuführen. Dabei wird vom Staat ganz offen in die persönliche Freiheit eingegriffen.

Sollte die Bundeswehr mit den Fragebögen nicht von 184.000 auf 255.000–270.000 aktive Soldaten kommen, bereitet der Staat gleichzeitig die durch das Gesetz mögliche verpflichtende Musterung vor. Die Bundeswehr plant hierzu in Zukunft, 24 Musterungszentren und 8 große, so genannte „Karriere-Center“ zu betreiben.

Neben diesem direkten Zwang hat die Bundeswehr noch eine weitere Strategie, um junge Leute zu Soldaten zu machen. Mit Hilfe von Social Media oder auf Messen, die mehrheitlich Jugendliche interessieren, wie der Gamescom, inszeniert sie sich als ganz normaler Arbeitgeber. Viele werden auch durch die im Vergleich zu anderen Ausbildungen hohen Löhne gelockt. Überall hängen Plakate mit Aufschriften wie „Wie weit würdest du für unsere Demokratie gehen?“ oder „Jetzt den Frieden von morgen verteidigen“.

Krieg so zu legitimieren ist absurd. Es findet eine riesige Beeinflussung statt. Da muss man sich natürlich auch fragen, wie freiwillig der Schritt, Soldat zu werden, wirklich stattfindet.

Diese Propagandakampagnen treffen aber vor allem bei Menschen über 30 auf Erfolg. Bei Jugendlichen ist die Zustimmung zur Wehrpflicht deutlich geringer. 72 % der 18- bis 30-Jährigen lehnen Gewalt ab und etwa 14 % gaben an, bereit zu sein, zu dienen.

Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht entstand aber auch eine neue Jugendbewegung. Bundesweit laufen jetzt die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht. Auf denen wir klar machen, dass wir nicht bereit sind, für den Staat in den Tod zu gehen, noch für den Staat andere zu erschießen.

Die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht fordern:

Schluss mit allen Zwangsdiensten!

Das Ende von Werben fürs Sterben an den Schulen!

Kein Geld in die weitere kriegsvorbereitende Rüstung

im Gegenzug

Mehr Friedensbildung an den Schulen.

und mehr Geld für Bildung und Soziales statt für Waffen.

Bundesweit waren beim ersten Schulstreik am 05.12. 55.000 Schüler*innen auf der Straße, obwohl es in einigen Städten zu Repressionen gekommen ist, wie z. B., dass die Schule ihre Schüler*innen eingesperrt hat und dass die Polizei Schüler*innen auf den Demos eingefangen hat, um sie in die Schule zu bringen.

Beim zweiten Schulstreik am 05.03. waren wieder über 50.000 Schüler*innen auf der Straße. Auch wenn es bundesweit weniger waren als beim ersten Streik, etablierten sich in über 80 Städten Streikkomitees und Schüler*innen wurden aktiv für den Frieden.

In meiner Schule konnte ich sehen, wie viele von uns Jugendlichen sich Gedanken über ihre Zukunft machen. Beim ersten Schulstreik waren wir mit einer Klasse auf der Demo. Beim zweiten haben wir es schon geschafft, die Streikenden auf 4 Klassen zu erweitern, wobei auch Einzelne aus anderen Klassen dabei waren.

In Krefeld haben wir nach dem ersten Schulstreik, bei dem etwa 70 Leute auf der Demo waren, eine Gruppe aus Schüler*innen und Jugendvereinen gebildet mit starker Unterstützung vom Friedensbündnis und der DFG. Wir haben an mehreren Schulen Flyer verteilt, sind auf Social Media aktiv und haben so auf der zweiten Demo etwa 150 teilnehmende Schüler*innen erreicht.

Der nächste Streik findet am Tag der Befreiung, dem 8. Mai, Statt auch in Krefeld werden wir wieder stark gegen die Kriegspolitik demonstrieren.

Was klar ist: Wir werden weitermachen, weil wir weitermachen müssen. Für eine Zukunft in Frieden und Gerechtigkeit braucht es unsere Initiative.